



**An die Mitglieder des  
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben  
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 17. Mai 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zu meinem Newsletter im Vorfeld der 11. Sitzungsperiode des Landestages von Sachsen-Anhalt. Auf der Agenda stehen diesmal insgesamt 21 Tagesordnungspunkte. Hier ein kleiner Einblick:

**1. „Armut konsequent bekämpfen – krisenbedingte Mehrbedarfe von gestern, heute und morgen erkennen und einkommensschwache Haushalte und insbesondere Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt endlich zielgenau unterstützen“**

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zielt darauf ab, die Armut unter Kinder und Jugendlichen zu verhindern. Gefordert wird unter anderem ein Konzeptentwurf zur Einführung einer sanktionsfreien Grundsicherung für Kinder und Jugendliche. Diese soll mindestens 699,00 € betragen. Gleichzeitig darf sie nicht auf etwaige Leistungen der Eltern oder anderer Familienmitglieder angerechnet werden. Für den Zeitraum der Planung des Konzepts soll vorerst der Kindergeldbetrag auf 330,00 € angehoben werden. Die Anrechnung auf Leistungen der Eltern soll ausgesetzt werden. Zudem soll die Landesregierung die städtischen Wohnungsunternehmen dazu veranlassen, (nachweislich) einkommensschwachen Haushalten einen Mieterlass zu gewähren und im Jahr 2022 auf Mieterhöhungen, fristlose Kündigungen und Zwangsräumungen zu verzichten.

**2. „Private Unterrichtsangebote organisieren und finanzieren!“**

Antragsteller ist hier ebenfalls die Fraktion die LINKE. Dass akuter Lehrermangel besteht, ist nun hinreichend bekannt. Der Antrag zielt darauf ab, genau diesem Lehrermangel entgegenzusteuern, indem man die Angebote privater Anbieter einbezieht. Die privaten Unterrichtsangebote sollen sich möglichst auf die Fächer der Stundentafel beziehen. Die Landesregierung wurde aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen und ab dem Haushalt 2023 eine entsprechende Haushaltsstelle vorzusehen.

### **3. „Neuer Wald kommt weiterhin nicht (nur) von allein“**

Die antragstellende Fraktion der AfD fordert die Landesregierung auf, eine Schadensanalyse zu erstellen, welche standortgenau über den tatsächlichen Waldverlust berichtet, die dadurch entstandenen ökologischen und ökonomischen Schaden benennt und die zu erwartenden Folgewirkungen berücksichtigt. Außerdem sollen neue Forstkulturen angebaut werden, um die Waldverluste zu kompensieren. Hier soll ein „Waldgipfel“ einberufen werden, um entsprechende Maßnahmen festzulegen.

### **4. „Ausgleich für Feiertage an Wochenenden – Zusätzliche Erholung von den Belastungen durch Arbeit und Pandemie“**

Auch dieser Antrag wurde durch die Fraktion DIE LINKE gestellt. Datumsfeste Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, wie dieses Jahr bspw. der 1. Mai oder der 2. Weihnachtsfeiertag, sollen künftig am nächsten Werktag nachgeholt werden. In anderen Mitgliedsstaaten der EU und vielen Drittstaaten gebe es eine solche Regelung bereits. In Spanien und Großbritannien werden Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, am nächsten Montag nachgeholt. In Belgien und Luxemburg dürfen die Unternehmen einen Werktag als Ersatz bestimmen.

### **5. „Lebensmittelverschwendung stoppen“**

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE fordert die Erarbeitung einer nachhaltigen Landesstrategie gegen Lebensmittelverschwendung. Unter allem soll das „Containern“ von der Strafverfolgung ausgenommen und ein Gesetzesentwurf zum Wegwerfverbot erarbeitet werden. Außerdem soll das Mindesthaltbarkeitsdatum abgeschafft und durch ein Ablaufdatum für bestimmte Produktgruppen ersetzt werden.

### **6. „Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und des Richtergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt“**

Vorgelegt hat diesen Gesetzesentwurf die Fraktion der AfD „im Interesse der Aufrechterhaltung und Stärkung der Gewaltenteilung“. Angedacht ist die Einrichtung eines sogenannten Richterwahlausschuss, welcher über die Anstellung der Richter entscheiden soll. Bisher ist dies durch das Justizministerium erfolgt. Den Vorsitz des Richterwahlausschusses soll der Justizminister innehaben, welcher jedoch kein Stimmrecht erhalten soll. Im Übrigen besteht der Ausschuss zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Landtags unter Berücksichtigung aller Fraktionen entsprechend ihrer Stärke sowie aus gewählten Richtern. Durch die gewählten Mitglieder des Landtages wird so eine Beteiligung des Volkes sichergestellt und die Urteilsformel „Im Namen des Volkes“ erhält eine konkrete Ausgestaltung.

Wie üblich melde ich mich in der nächsten Woche mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben